

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 30. Juni 1950

Nummer 27

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Vollbeschäftigungspolitik

Ihr Standort in der strukturellen und konjunkturellen Entwicklung

Die Diskussion über die Frage der Vollbeschäftigung hat einen Stand erreicht, bei dem es angebracht erscheint, wieder einmal nüchtern das Gedachte dem Wirklichen gegenüberzustellen. Wirtschaftspolitische Überlegungen entspringen immer einer bestimmten Situation. Die ohnehin schwierige Debatte droht — bei Befürwortern wie Gegnern der Vollbeschäftigung — in heillose Verwirrung zu münden, wenn die Wirklichkeit, wie das in der Ökonomie ständig bis zu einem gewissen Grade der Fall ist, sich während der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung fast unbemerkt wandelt und dabei nicht beachtet wird, daß Argumente, die gestern richtig waren, es heute nicht mehr im gleichen Maße sind und umgekehrt. Bei dem folgenden kurzen Rechenschaftsbericht wird versucht, auch die Ergebnisse einer Anfang Juni abgehaltenen Arbeitstagung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute über das Thema „Vollbeschäftigung“ zu verwerten.

Der Ausgangspunkt der Vollbeschäftigungsdebatte in den dreißiger Jahren

Die Vollbeschäftigungspolitik ist als nationale wirtschaftspolitische Maßnahme entwickelt worden in einem Übergangsstadium der Weltwirtschaft, in dem die außenwirtschaftlichen Verflechtungen der nationalen Wirtschaften — vor allem als Folge des ersten Weltkrieges — so stark gestört waren, daß ein volles Auswirken dieser außenwirtschaftlichen Störungen auf den Stand der nationalen Wirtschaftstätigkeit nicht zumutbar war. Die nationalwirtschaftliche Politik hoher Beschäftigung gelangte in ihren verschiedenen Spielarten zur vollen Entfaltung in der und im Anschluß an die Weltwirtschaftskrise 1929—1933; in ihr kamen diese weltwirtschaftlichen Spannungen zum Durchbruch, die bis dahin noch durch amerikanische Kredite verdeckt und zudem in dem allgemeinen Aufschwungsklima (Wiederaufbau-Konjunktur) der zwanziger Jahre noch weitgehend latent waren. Von einem übergeordneten, gesamt- oder weltwirtschaftlichen Blickpunkt aus können die Maßnahmen der nationalen Vollbeschäftigungspolitik aller Arten nur als Maßnahme einer typischen Interregnumszeit gewertet werden. Zielen sie letzten Endes nicht auf die Überwindung dieses Interregnums hin und sollen sie ihren Wert allein in sich haben, so werden sie notwendig selbst zu einer Quelle der außenwirtschaftlichen Störungen, die sie gerade neutralisieren sollten und sind damit wirtschaftliche Fehlmaßnahmen¹⁾. Die Väter der Vollbeschäftigungspolitik

waren sich des zeitbedingten Aushilfscharakters jener Vollbeschäftigungspolitik durchaus bewußt.

Der Ausgangspunkt nach dem zweiten Weltkrieg

Der zweite Weltkrieg hatte einerseits eine erhebliche neue Verstärkung der weltwirtschaftlichen Spannungen zur Folge, aber gleichzeitig auch — mit der bewußten Beendigung des wirtschaftspolitischen Isolationismus der Vereinigten Staaten von Amerika — die ersten starken Ansätze zum Aufbau einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung. In diesem Rahmen steht notwendig jede nationale Vollbeschäftigungspolitik nach dem zweiten Weltkrieg. In den bisherigen Nachkriegsjahren kann man allerdings von einer Vollbeschäftigungspolitik in der Art der dreißiger Jahre in keinem Land mehr sprechen. Von einem Mangel an Investitionsmöglichkeiten — oder mit anderen Worten: einem Überwiegen der Spartätigkeit über die laufenden Investitionen als Quelle von Deflation, Depression und Arbeitslosigkeit — war in den ersten Nachkriegsjahren des Wiederaufbaus und des „restocking“ gewiß nirgends die Rede. Die „Vollbeschäftigung“ stellte sich meist als Folge des heftigen Wiederaufbau-Booms und z. T. auch als Folge des im Krieg und durch gewachsene Sozialausgaben stark erhöhten Verbrauchereinkommens von selbst ein; die Wirtschaftspolitik brauchte diesen Tendenzen nur (durch entsprechende Kreditpolitik) Spielraum zu verschaffen. Nur insofern als dies geschah und die Außenwirtschaftskontrollen im Interesse des einheimischen Beschäftigungsniveaus aufrechterhalten wurden, kann man von

¹⁾ Damit soll nicht gesagt sein, daß die neue weltwirtschaftliche Ordnung, zu der sie hinüberhelfen sollten, genau so aussieht, wie die alte.

einer bewußten „Vollbeschäftigungspolitik“ in diesen Jahren sprechen; sie hatte die bei außerordentlich hohem Nachhol-Investitionsbedarf und gleichzeitig hoher Konsumneigung (= geringer Sparneigung) unvermeidliche Inflations-tendenz eher zu bekämpfen, als daß sie diese bewirkt hätte. Sie gab dieser Tendenz Raum in dem Maße, als sie den Aufschwung überhaupt zuließ und nicht gleichzeitig noch durch Rationierung und sonstige Konsumbeschränkungen der Neigung zum Konsum entgegenwirkte. Die Grenze, wieweit sie dabei gehen konnte, war allenthalben gezogen durch die Außenwirtschaftslage jedes Landes, deren Enge oder Weite die Stärke der bei alledem entstehenden Preissteigerungstendenzen in erster Linie bestimmte. Diese Grenzen waren z. B. in Westdeutschland, wo sowohl die Außenwirtschaft als auch die Beschäftigungslage unter besonderen strukturellen Belastungen steht, besonders eng. Im allgemeinen jedoch waren sie in den ersten Nachkriegsjahren deshalb verhältnismäßig weit, weil nicht nur amerikanische Hilfskredite ziemlich reich flossen, sondern weil die inneren Aufschwungsreserven in jedem Land zunächst noch erheblich waren, und weil das allgemeine, durch die amerikanische Konjunkturentwicklung bestimmte weltwirtschaftliche Aufschwungsklima überall den Druck, den die strukturellen Störungen in den weltwirtschaftlichen Verflechtungen auf den nationalen Beschäftigungsstand ausüben, leichter tragen ließ.

Die gegenwärtige Lage

Nachdem der Nachkriegsinvestitions-Boom im großen ganzen und vor allem in den Vereinigten Staaten offenbar beendet ist oder seinem Ende zueilt, und nachdem damit auch eine deutliche Änderung in dem bisherigen weltwirtschaftlichen Aufschwungsklima, das den nationalen Nachkriegskonjunkturen durch Erweiterung des außenwirtschaftlichen Spielraums das Hochhalten des Beschäftigungsstandes leicht gestattete, eingetreten ist, steht die Vollbeschäftigungspolitik in der Nachkriegszeit erst jetzt vor ihrer wirklichen Bewährungsprobe; jetzt geht es darum, trotz der teilweise ungünstiger gewordenen Bedingungen den erzielten Beschäftigungsstand zu halten — oder, wo er noch nicht den Grad der Vollbeschäftigung erreicht hatte (wie in Westdeutschland, Italien, Belgien), diesen trotzdem anzustreben. Die bisherige Aufgabe war zweifellos leicht im Vergleich zu der nun gestellten: Das in mehreren weltwirtschaftlich wichtigen Ländern zu verzeichnende Nachlassen der Investitionen, die von dem überhöhten Niveau der Wiederaufbauzeit auf das Niveau eines normalen Fortschrittes sogar sinken mußten, umschließt die Gefahr eines Rückgangs der Gesamtnachfrage, wenn diese nicht durch Konsumsteigerung trotzdem hochgehalten werden kann. Eine dauernde Konsumsteigerung — und nur diese kann den nötigen Ausgleich bringen — ist nur ausreichend möglich bei Steigerung des Lohn Einkommens, und zwar bei Steigerung des Lohnniveaus und u. U. auch Erhöhung der sozialen Leistungen. Beides aber belastet andererseits die Rentabilität der Unternehmungen. Die dabei entstehenden Klippen können vermutlich nur durch entsprechende Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand vermieden werden, durch deren Hilfe die Umstellung auf ein höheres Verbrauchsniveau erleichtert werden

kann. Derartige Vorgänge spielen sich seit Mitte 1949 offenbar in den Vereinigten Staaten ab. Sie sind zur Zeit grundlegend für die gesamte Konjunktur der westlichen Weltwirtschaft und damit für den Erfolg der „Vollbeschäftigungspolitik“ der anderen westlichen Länder, weil letzten Endes deren Außenwirtschaftslage von der amerikanischen Konjunktur nahezu eindeutig bestimmt wird.

Deshalb ist es eigenartig, wenn die befreiende Wirkung, die von den Vereinigten Staaten seit Mitte 1949 wieder auf die außenwirtschaftlichen Verhältnisse aller anderen Partner der westlichen Weltwirtschaft ausgeht, vielfach als Argument gegen planvolle aktive Konjunktur- und Vollbeschäftigungspolitik verwendet wird. Man muß sich doch darüber klar sein, daß der Erfolg einer bewußten Vollbeschäftigungspolitik in den Vereinigten Staaten die Voraussetzung für diese befreiende Wirkung ist, und daß die Länder mit mehr „liberaler“ Wirtschaftspolitik mit ihrem Schiffelein nur vor dem günstigen Winde so „frei“ einhersegeln, der in den Vereinigten Staaten (entgegen manchen anderen weltwirtschaftlichen Tendenzen, z. B. entgegen der Lage an den Rohstoffmärkten, wo der Angebotsdruck im Grunde weiter wächst) durch eindeutig „vollbeschäftigungspolitische“ Maßnahmen entfacht worden ist.

Für die anderen Länder stellen sich auf dem Binnenmarkt z. T. offenbar jetzt schon (Frankreich) oder in naher Zukunft ähnliche Probleme ein wie in den Vereinigten Staaten; hier erleichtert die aktive amerikanische Konjunkturpolitik die Überwindung der erwähnten Umstellungsprobleme, ebenso wie sie überall, wo diese Probleme noch nicht vorliegen (wie in Westdeutschland), bewußt mit auch die Grundlage schafft, daß der Wiederaufbau-Boom weitergehen oder wieder aufgenommen werden kann.

Die entscheidende Probe dafür, ob die nicht-amerikanischen Länder die Forderung der Stunde erfassen und ihre Politik der hohen Beschäftigung der Wirklichkeit von heute anpassen, besteht darin, daß sie nicht — aus Sorge vor einem etwaigen Konjunkturrückschlag in den Vereinigten Staaten ähnlich wie in den dreißiger Jahren — infolge der nun schärfer spürbar gewordenen Außenwirtschaftsschwierigkeiten sich erneut wirtschaftspolitisch stärker isolieren, sondern auf den Weg der verstärkten internationalen Arbeitsteilung einschwenken. Solange das führende Wirtschaftsland der westlichen Weltwirtschaft, die Vereinigten Staaten, sich wie in den dreißiger Jahren stark isolierte und dabei nicht einmal selbst auf dem Weg zur Vollbeschäftigung erhebliche Erfolge erzielte, war eine derartige Isolierung vielleicht unausweichlich. Jetzt ist die Chance, den Weg zur weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit wirklich offen zu finden, infolge der aktiven und immerhin schon stark und wachsend weltwirtschaftsbewußten amerikanischen Konjunkturpolitik gegeben. Die Gefahr, trotzdem wachsenden Außenwirtschaftsschwierigkeiten begegnen zu müssen, ist wegen der noch immer nicht ausgeheilten strukturellen Störungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen zwar nicht gebannt; aber demgegenüber ist die letzten Endes allein mögliche Chance, sie auf dem Weg eines im ganzen stark steigenden Welthandels-

umsatzes und zugleich einer dadurch ermöglichten wachsenden Umstellung auf stärkere wirtschaftliche Arbeitsteilung überwinden zu können, endlich gegeben. Politik hoher Beschäftigung und Politik der freien Konkurrenzwirtschaft, die bekanntlich ihre Probe immer auf dem internationalen Feld ablegt, widersprechen

sich heute jedenfalls nicht, sondern sie ergänzen und ermöglichen sich bei richtiger Abstimmung jetzt gegenseitig. Die Zeit, in der die Freiheit, weltwirtschaftlich richtig zu handeln, gegeben ist, könnte bald wieder abgelaufen sein; um so notwendiger ist es, den Augenblick zu nützen.

Zur Strukturanalyse der Arbeitslosigkeit

Auf der bereits erwähnten Tagung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute stand das Problem der Vollbeschäftigung zur Aussprache¹⁾. Dort anwesende Experten bemühten sich um die größenordnungsmäßige Analyse der westdeutschen Arbeitslosigkeit, die in wenigen Monaten in heftigen Sprüngen die Zweimillionengrenze überschritten hatte²⁾ und seitdem nur langsam abflaut. Die vorherrschende Meinung unterstützte eine Schätzung, die die Struktur der im Winter erreichten Arbeitslosigkeit von 2 Millionen Arbeitslosen in Westdeutschland und 310 000 in Westberlin wie folgt annahm:

1. Die friktionelle Arbeitslosigkeit, d. i. der normale Bestand an Arbeitslosen, wie er sich aus der Fluktuation ergibt, wurde für Westdeutschland mit 100 000 entsprechend für Westberlin mit 5000 angenommen.
2. Bei höchstens 400 000 bis 500 000 der im Höhepunkt der Arbeitslosigkeit gezählten Arbeitslosen glaubte man, jahreszeitliche Gründe für die Freisetzung aus dem Arbeitsprozeß annehmen zu dürfen. Entsprechend werden für Westberlin rd. 20 000 angesetzt.
3. Zieht man auch die nicht oder nur sehr beschränkt vermittlungsfähigen Arbeitslosen, die sich für Westdeutschland auf 300 000 und für Westberlin auf mindestens 30 000 schätzen lassen, in der Rechnung ab, dann stellt sich die Mehrzahl der Arbeitslosen als ein Arbeitspotential dar, das bei dem gegenwärtigen Wirtschaftsniveau nicht produktiv genutzt werden kann.

Die Experten schätzten, daß

4. in Westdeutschland im Winter nur für 300 000

¹⁾ Tagung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom 1. bis 3. Juni 1950 in Unkel/Rhein.

²⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 23: „Verzögerte Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt“.

Arbeitslose betriebliche Kapazitäten vorhanden waren, wenn man die jahreszeitlich stillgelegten Arbeitsplätze außer Betracht läßt. Für Westberlin mag die ungenutzte Kapazität an Arbeitsplätzen etwa die Größenordnung von 150 000 haben.

5. Als Zahl der Arbeitslosen, für die keine vollwertigen Arbeitsplätze vorhanden sind, ergibt die Schätzung demnach allein für Westdeutschland 800 000 bis 900 000, für Westberlin mindestens 100 000. Davon leben gegenwärtig in Westdeutschland ungefähr 400 000 bis 500 000 in ausgesprochenen Notstandsgebieten.

Die Anwendung des aus früheren Arbeitsmarktanalysen gebräuchlichen Terminus der „konjunkturellen“ oder auch der „strukturellen“ Arbeitslosigkeit erweist sich in der gegenwärtigen Phase der Arbeitsmarktentwicklung als wenig fruchtbar. Wie begrenzt selbst die Aussage über die unter normalen Verhältnissen statistisch so einfach zu bestimmende Saisonarbeitslosigkeit ist, beweist die Betrachtung des jüngsten Verlaufes der mit Einsetzen des Winters ausgelösten Arbeitslosigkeit. Echte Saisonarbeitslosigkeit muß im strengen Saisonrhythmus kurzfristig wieder abschmelzen. Sehen wir von der extremen Entwicklung in Hamburg und Bremen ab, die überhaupt keine Frühjahrsentlastung brachte, so zeigt es sich, daß der diesjährige Abbau der winterlichen Zunahme in der Arbeitslosigkeit regional außerordentlich differiert. Gerade in den Industriegebieten sind bis zur Jahresmitte noch beträchtliche Teile der im Winter zugeströmten Arbeitslosen nicht wieder in Arbeit gebracht worden, so daß sich immer mehr zeigt, daß die von Oktober bis Februar zwar überwiegend jahreszeitlich ausgelöste Arbeitslosigkeit fast zur Hälfte keinen endgültigen saisonalen Charakter hat.

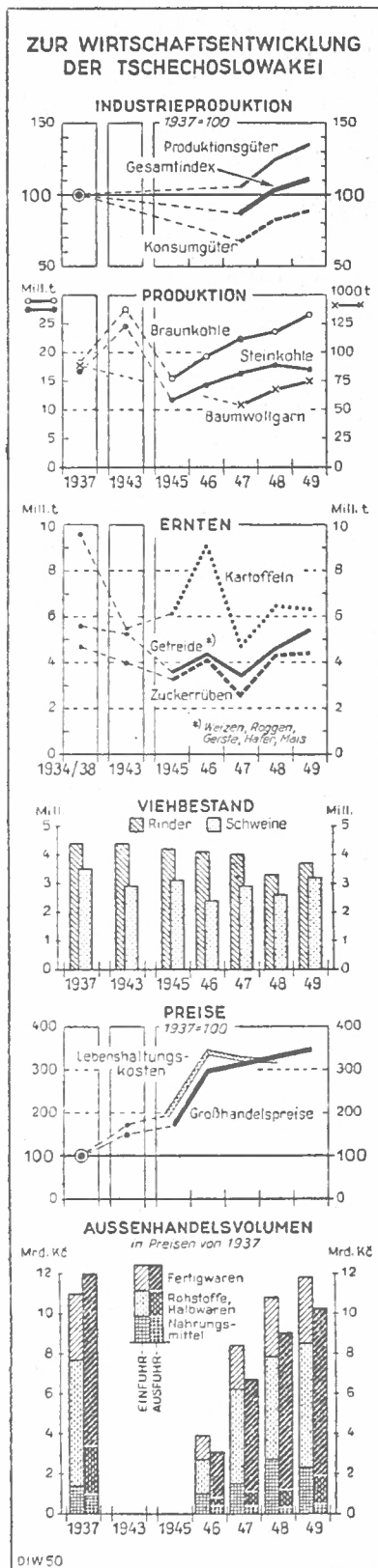
Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet

L ä n d e r	Arbeitslose in 1000									Zunahme(+)/od. Abnahme(-)		Verbliebene winterliche Zunahme			
	31.10.	30.11.	31.12.	31.1.	28.2.	31.3.	30.4.	31.5.	15.6.	von Okt. 49 bis Febr. 50	v. Febr. 50 bis Mitte Juni 50				
	1949				1950					in 1000	vH	in 1000	vH	in 1000	vH ¹⁾
Schleswig-Holstein	191,7	200,4	221,2	244,5	246,4	235,2	231,7	219,6	212,3	+ 54,7	29	— 34,1	14	20,6	38
Hamburg	63,2	65,2	71,9	85,6	89,0	90,1	99,1	96,9	96,2	+ 25,8	41	+ 7,2	8	33,0	128
Niedersachsen	298,0	321,1	367,7	432,2	445,9	421,5	402,7	381,0	367,6	+ 147,9	50	— 78,3	18	69,6	47
Nordrhein-Westfalen	183,2	186,3	196,1	253,1	273,3	257,2	258,9	247,3	240,8	+ 90,2	49	— 32,6	12	57,6	64
Bremen	17,0	16,8	17,5	21,1	21,6	22,6	26,3	24,7	24,5	+ 4,6	27	+ 2,9	13	7,5	164
Hessen	103,7	112,1	133,0	173,8	178,4	163,7	150,7	140,1	134,8	+ 74,7	72	— 43,6	24	31,1	42
Württemberg-Baden	56,7	56,4	68,3	87,6	89,6	79,8	74,3	68,6	66,3	+ 32,8	58	— 23,3	26	9,6	29
Bayern	349,4	363,5	406,3	492,5	524,8	479,3	444,8	400,3	380,0	+ 175,4	50	— 144,8	28	30,6	17
Rheinland-Pfalz	36,6	42,2	53,1	76,9	79,9	73,4	69,0	66,4	64,7	+ 43,3	118	— 15,2	19	28,1	65
Baden	8,7	9,3	11,2	15,2	17,3	15,9	14,6	13,3	12,4	+ 8,6	98	— 4,9	28	3,7	43
Württembg.-Hohenzoll.	8,3	10,4	12,2	15,2	15,8	13,3	11,2	10,1	9,4	+ 7,5	91	— 6,4	41	1,1	15
Bundesgebiet	1316,6	1383,8	1558,5	1897,6	1981,9	1851,9	1783,4	1668,3	1608,9	+ 665,3	51	— 373,0	19	292,3	44
davon:															
Männer	917,2	974,9	1123,1	1408,6	1481,1	1362,8	1290,4	1192,1	1140,5	+ 563,9	61	— 340,6	23	223,3	40
Frauen	399,4	408,9	435,4	489,0	500,8	489,0	492,9	476,2	468,4	+ 101,5	25	— 32,4	6	69,0	68

¹⁾ vH der Zunahme von Okt. 1949 bis Febr. 1950

¹⁾ vH der Zunahme von Okt. 1949 bis Febr. 1950

Die Wirtschaft der Tschechoslowakei nach dem Kriege



Die Angaben im Schaubild beziehen sich auf den heutigen Gebietsstand der Tschechoslowakei (Außenhandel: jeweiliges Gebiet).

Die Nachkriegsentwicklung der Tschechoslowakei ist in erster Linie von politischen Faktoren bestimmt worden. Die Ausweisung von über 2 Millionen Deutschen, die Nichtbeteiligung am Marshall-Plan und die Staatsumwälzung vom Februar 1948 übten auf die Wirtschaft entscheidende Einflüsse aus.

In ihrer bevölkerungspolitischen Wirkung wurde die Abtretung der nur schwach besiedelten Karpatenukraine (1945) weit übertroffen durch die Massenausweisung von Deutschen. Stärker als der Gebietsverlust (Nachkriegsfläche 127 827 qkm gegenüber 140 508 qkm im Jahre 1937) war der Bevölkerungsrückgang von 15,2 Mill. (1937) auf 12,2 Mill. (1947). Die Bevölkerungsdichte sank dadurch von 108,5 auf 95,2 Einwohner je qkm.

In den ersten Nachkriegsjahren ist die landwirtschaftliche Produktion der Tschechoslowakei durch diesen plötzlichen Entzug von Arbeitskräften stark beeinträchtigt worden. Der besonders scharfe Produktionsrückgang des Jahres 1947 war eine zusätzliche Folgewirkung der damaligen Trockenheit. Trotz der 1948 und 1949 eingetretenen Erholung liegt die landwirtschaftliche Erzeugung immer noch unter Vorkriegsstand. Zurückgeblieben ist insbesondere die Kartoffelernte und die Milchproduktion (1949 nur 28,6 Mill. hl gegenüber 47,2 Mill. hl in 1937).

Innerhalb des Ostblocks weist die Tschechoslowakei den höchsten Industrialisierungsgrad auf. Mit einer Stahlerzeugungsquote von 220 kg je Kopf und Jahr übertrifft sie auch die Sowjetunion (schätzungsweise 125 kg). Die überkommene industrielle Ausstattung umfaßt so bekannte Betriebe wie die Witkowitz Eisenwerke, die Skodawerke, die Batawerke sowie eine leistungsfähige Textil- und Glasindustrie.

Nach dem Kriege ist die Industrie fast restlos nationalisiert worden (bis Ende 1949 zu 97 vH). Durch den Zweijahresplan (1947/48) und den heute laufenden Fünfjahresplan (1949—1953) soll das Hauptgewicht nach dem schwerindustriellen Sektor verlagert werden. Die während des 2. Weltkrieges erzielten Rekordleistungen der Stahl- und Kohlenproduktion (1943) sind bisher jedoch nur zum Teil wieder erreicht worden. Für einzelne industrielle Fertigwaren meldet die amtliche Statistik für die Zeit von 1937 bis 1949 nennenswerte Produktionssteigerungen; z. B. bei kleinen Elektromotoren (von 0,5—25 kW) von 81 600 auf 291 600 Stück, bei Fahrrädern von 207 600 auf 233 100, bei Nähmaschinen von 48 972 auf 105 092, bei Telefonapparaten von 32 400 auf 108 900, bei Traktoren von 204 auf 9096 Stück (1948). Demgegenüber bleiben die für die Lebenshaltung der Bevölkerung unmittelbar wichtigen Verbrauchsgüterindustrien stark zurück.

Trotz ihrer politischen Bindung an den Osten hat die Tschechoslowakei auch heute noch ein starkes Interesse am Warenaustausch mit der übrigen Welt, um ihre Versorgung mit Rohstoffen, Investitionsgütern und Nahrungsmitteln sicherzustellen. Auch 1949 überwog der Umsatz mit den nicht zum Ostblock gehörenden Ländern (55 vH des gesamten Außenhandelsumsatzes; 1948 = 67 vH).

Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Tschechoslowakei (heutiger Gebietsstand)

Jahr	Steinkohlenförderung	Braunkohlenförderung	Rohstahlerzeugung	Erzeugung von Baumwollgarn	Getreidernte ¹⁾	Rinderbestand ²⁾	Schweinbestand ²⁾	Einfuhr	Ausfuhr
	Mill. t			1000 t	Mill. t	Mill. Stück	Mill. Stück	Mrd. Kč	
1937	16,8	17,9	2,3	88,7	4) 5,6	4,4	5) 3,5	11,0	12,0
1943	24,6	27,6	2,6	·	5,3	4,4	2,9	·	·
1945	11,7	15,4	1,0	·	3,6	4,2	3,1	·	·
1946	14,2	19,4	1,7	·	4,3	4,1	2,4	3,9	3,1
1947	16,3	22,4	2,3	54,7	3,4	4,0	2,9	8,4	6,7
1948	17,7	23,6	2,6	68,2	4,6	3,3	2,6	10,8	9,0
1949	17,0	26,5	2,8	75,8	5,4	3,7	3,2	11,8	10,2

1) Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais. — 2) Stand im Januar des entsprechenden Jahres. — 3) In Preisen des Jahres 1937. — 4) Durchschnitt 1934/38. — 5) Januar 1938. — 6) Schätzung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6 und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6. Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahne, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Georg Garbe, Berlin-Wilmersdorf, Koblenzer Str. 6. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. B234ISB, Berlin. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) DM 20.—, halbjährlich DM 11.—, vierteljährlich DM 6.—.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1949												1950			
			Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	
			24	27	24	25	24,5	26	27	26	26	25,5	26	26	24	27	23	
Anzahl der Werktage:																		
Bevölkerung																		
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	68330	68534	68736	69028	69183										
" " " " " "	DBR 1)	"	"	47049	47253	47446	47720	47867										
" " " " " "	G-B	"	"	3280	3281	3290	3308	3316										
" " " " " "	W-B	"	"	2077	2077	2085	2099	2107										
" " " " " "	O-B	"	"	1203	1203	1205	1209	1209										
" " " " " "	SBZ	"	"	18000	18000	18000	18000	18000										
Bevölkerungsbewegung																		
Geburten 2)	DBR	auf 1000		17,9	16,9	16,5	16,7	15,5	15,4	15,5	15,9	17,1	17,5					
" " " " " "	G-B	Einwohner		10,9	10,6	10,5	10,5	9,9	9,4	9,6	10,6	11,8	11,6					
" " " " " "	W-B	und 1 Jahr		10,7	10,2	10,3	10,4	9,5	9,1	9,5	10,0	11,5	11,2					
" " " " " "	O-B	berechnet		11,2	11,1	11,0	10,6	10,7	10,0	9,9	11,5	12,3	12,2					
Sterbefälle 3)	DBR	"		13,9	12,5	11,1	10,6	10,7	10,0	10,0	10,7	11,8	11,7					
" " " " " "	G-B	"		20,7	17,8	12,5	11,7	11,0	11,1	12,8	12,4	13,5	14,2					
" " " " " "	W-B	"		20,3	17,6	13,3	11,7	10,8	10,4	9,5	10,6	12,5	11,8					
" " " " " "	O-B	"		21,3	18,2	13,9	13,3	11,9	11,1	12,1	13,4	13,4	15,1					
Eheschließungen	DBR	"		10,1	9,5	9,1	10,7	12,1	10,8	10,8	5,7	9,0	7,2					
" " " " " "	G-B	"		6,2	7,3	9,2	9,5	10,4	8,0	11,4	4,4	6,3	7,4					
" " " " " "	W-B	"		5,9	7,1	9,2	9,7	9,9	7,7	10,3	4,3	5,8	7,1					
" " " " " "	O-B	"		6,6	7,7	9,2	9,5	11,3	8,6	13,2	4,6	7,1	7,9					
Einkommen																		
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	DBR	Mill. DM	S	722,3	802,6	776,1	798,0	825,5	829,5	866,2	873,5	865,7	890,8	924,5	885,4	816,3	914,4	
" " " " " "	"	1949 = 100	"	87,3	97,0	93,8	96,5	99,8	100,3	104,7	105,6	104,6	107,7	111,8	107,0	98,7	110,5	
Gehälter in der Industrie	"	Mill. DM	S	228,1	232,6	233,8	237,8	241,0	242,9	245,2	249,0	251,4	256,1	269,5	258,6	258,3	260,6	
" " " " " "	"	1949 = 100	"	93,9	95,7	96,2	97,9	99,2	100,0	100,9	102,5	103,5	105,4	111,3	106,4	106,3	107,3	
Eisenbahn																		
Personenverkehr																		
Beförderte Personen	DBR	Mill.	S	113	115	114	118	107	108	107	104	115,7	110,6	111,2	119,9	104,2	104,7	
" " " " " "	VWG	1949 = 100	"	100,0	102,3	101,3	104,7	95,0	95,5	95,1	92,2	102,4	97,2	97,6	105,2	91,4	93,3	
" " " " " "	DBR	Mill.	"	2330	2500	2680	2420	2410	2530	2550	2445	2500	2237	2290	2299,2	2086,3	2231,1	
Güterverkehr																		
Wagengestellung, arbeitstäg.	"	1000 t	TD	51,4	50,8	51,8	51,2	50,0	51,0	50,3	53,2	56,6	57,3	51,3	48,2	49,9	53,3	
Beförderte Güter 5)	"	1000 t	S	17990	19990	18170	18560	17510	18850	18390	19020	20700	20910	18840	17556	16705	19794	
" " " " " "	VWG	1949 = 100	"	94,4	104,9	95,4	97,4	91,9	98,9	99,1	99,8	108,6	109,7	98,8	92,1	87,7	103,9	
dar. Kohleversand	DBR	1000 t	"	6140	6820	6230	6610	6300	6950	6910	6360	6990	7030	6875	6807	6336	6842	
Güterversd. nach West-Berlin	"	"	"	.	.	64,1	.	241,2	204,2	156,8	151,6	203,1	184,7	152,6	130,8	105,1	86,2	
Güterempf. aus West-Berlin	"	"	"	.	.	.	.	10,0	5,6	13,1	12,8	7,6	7,6	14,1	8,9	3,6	9,8	
Nettotonnen-km	"	Mill.	"	3792,0	4115,8	3733,2	3801,5	3590,1	3931,1	3919,1	4068,1	4450,9	4392,5	4168,9	3735,5	3649,2	4236,4	
Binnenschifffahrt																		
Güterumschlag i.d. Binnenhäfen 7)	DBR	1000 t	S	5642,5	6506,5	6656,4	7542,5	7412,8	8183,5	7868,5	7351,9	6832,7	6519,4	6532,2	5899,1	5349,9	7290,7	
" " " " " "	W-B	"	"	.	.	13,4	84,7	125,3	106,9	56,0	100,6	81,8	79,1	52,4	45,3	175,7	160,7	
Beförderte Güter 8)	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4344,6	3684,4	5238,4	
Gel. Tonnen-km	DBR	Mill.	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1008,2	835,0	1187,5	
Seeschifffahrt																		
Güterumschlag, insgesamt	DBR	1000 t	S	1795	2005	2029	2010	2113	2200	2330	2233	2085	2122	2226	2199	1824	.	
dav. Auslandsverkehr	"	"	"	1383	1569	1737	1661	1768	1807	1974	1877	1763	1812	1938	1869	1589	.	
Post																		
Übermittelte Telegramme 9)	VWG	1949 = 100	S	84,6	96,3	98,4	101,9	97,9	100,7	104,1	104,5	108,1	102,8	112,5	86,9	81,6	92,2	
Fernsprechnahverkehr	"	"	"	95,0	102,4	95,6	96,8	94,8	97,9	99,0	99,7	105,5	105,1	109,6	104,0	91,7	105,1	
Fernsprechweitverkehr 9)	"	"	"	90,4	99,5	93,6	98,6	96,3	102,7	105,2	105,2	107,3	103,7	103,2	96,8	91,2	107,3	
Beförderte Pakete 9)	"	"	"	81,4	94,9	87,2	92,0	84,2	88,4	90,4	96,1	106,9	133,0	167,7	101,6	102,3	130,0	
Eingezahlte Postanweisungen u. Zahlkarten	"	"	"	84,2	94,2	89,2	95,0	90,0	98,3	98,3	99,2	110,8	120,8	138,3	122,9	122,9	146,3	
Anzahl	"	"	"	85,8	100,6	94,3	93,9	93,0	99,3	98,9	101,0	107,9	110,2	127,5	104,9	99,7	114,1	
Betrag	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Straßenverkehr																		
Beförderte Personen	10)	Mill.	S	268,0	282,9	265,5	263,1	254,0	253,4	245,8	251,7	258,7	261,6	275,5	275,6	258,7	.	
" " " " " "	VWG	"	"	21,5	24,5	18,2	23,3	26,7	21,2	20,0	19,4	19,6	18,7	19,9	18,0	16,7	18,8	
" " " " " "	W-B	"	"	51,0	54,9	50,4	50,9	49,7	50,5	51,5	52,1	52,7	56,0	61,2	65,6	63,2	.	
" " " " " "	VWG	"	"	1,6	2,0	1,5	1,9	2,7	2,5	3,4	3,0	3,2	3,1	3,5	4,3	4,1	4,7	
" " " " " "	W-B	"	"	15,5	18,1	10,5	13,8	16,2	11,6	11,0	10,8	11,7	11,4	12,3	11,3	10,2	11,2	
U-Bahn	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10,0	
Einzelhandelsumsätze																		
Gesamter Einzelhandel	DBR	1949 = 100	S	85	95	98	90	88	95	91	100	105	109	162	91	91	105	
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	89	101	103	91	93	98	96	99	102	102	142	92	93	101	
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	74	87	99	94	84	99	81	101	115	120	177	87	97	113	
Kleiner Hausrat (Geschirr usw.)	"	"	"	89	93	91	88	83	89	91	101	102	110	165	87	81	92	
Großer Hausrat (Möbel usw.)	"	"	"	80	87	82	87	79	89	92	120	118	120	163	97	104	121	
Bücher, Schreibwaren, Lederwaren usw.	"	"	"	82	90	94	82	80	82	84	89	91	110	223	86	85	99	
Apotheken, Drogerie-Artikel, Optik usw.	"	"	"	95	101	100	92	90	95	95	96	97	101	145	92	91	107	
Maschinen und Fahrzeuge	"	"	"	88	98	90	95	101	107	107	115	109	101	109	87	87	108	
Außenhandel 12)																		
Einfuhr, insgesamt	DBR 13)	Mill. DM	S	476,4	445,0	452,4	705,0	656,6	541,4	700,4	543,6	796,5	694,1	1136,7	964,9	705,4	819,5	
Ausfuhr, insgesamt	"	"	"	276,2	305,5	287,9	332,4	294,8	308,0	303,6	385,1	342,2	370,2	485,4	242,8	473,8	590,5	
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhr- (+) Überschuf	"																	

*) D = Gesamtdeutschland, DBR = Deutsche Bundesrepublik, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (DBR ohne französische Besatzungszone), SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin, G-B = Groß-Berlin. — †) E = Monatsende, S = Monatssumme, TD = Tagesdurchschnitt. — 9) Berichtete Zahlen. — Geschätzte und vorläufige Zahlen sind kursiv gesetzt.

1) Ohne Ausländer in Lagern. — 2) Lebendgeborene. — 3) ohne Totgeborene. — 4) Einschl. Weihnachtsgratifikation. — 5) Gesamtversand u. Empfang (ohne Empfang von Bundesbahnhöfen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bzw. der französischen Zone) u. Durchfuhr u. Durchlauf. — 6) Nach Aufhebung der Blockade am 12. 5. 1949 bis zum Beginn des Eisenbahnerstreiks am 21. 5. 1949, der am 30. 6. 1949 beendet wurde. — 7) D. h.